

Neudruck

Entschließungsantrag

der FDP-Fraktion

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

zum Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde nach § 60 (2) der Geschäftsordnung des Landtages in der Landtagssitzung am 28.09.2011:
Potenziale der Landwirtschaft für Brandenburg erkennen und die Interessen des Landes für die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik formulieren – Drucksache 5/4032

Die Potenziale der Agrarwirtschaft gesamtgesellschaftlich für Brandenburg nutzen und die unternehmerische Landwirtschaft in den Fokus stellen

Der Landtag stellt fest:

Die Bedeutung der Agrarwirtschaft für unser Gemeinwesen ist deutlich größer als dies von vielen Menschen angenommen wird. Ihr gesellschaftlicher Stellenwert ist mit den Herausforderungen, die sie zu bewältigen hat, gestiegen. Die Erfordernisse der Ernährungswirtschaft, die Produktion von Biomasse für die energetische Nutzung sowie von nachwachsenden Rohstoffen für eine nachhaltige Entwicklung sind Herausforderungen, deren Bewältigung eine globale Dimension haben. In diesem Kontext kommt der Agrarwirtschaft des Landes eine herausgehobene Stellung für die Erhaltung und Entwicklung der ländlichen Räume Brandenburgs zu. Die Agrarwirtschaft ist die Schlüsselwirtschaft, die im Kanon mit allen anderen Landnutzungsarten die attraktive Entwicklung des ländlichen Raums gewährleisten kann. Demgemäß kommt der Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) eine strategische Schlüsselrolle zu. Die Interessen des Landes sind dabei offensiv zu vertreten.

Der Landtag möge daher beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene und insbesondere gegenüber der Europäischen Union einzusetzen

1. für eine Neuausrichtung der GAP, die die globalen Herausforderungen für die Agrarwirtschaft berücksichtigt und gleichzeitig einen Rahmen setzt, in welchem sich die brandenburgischen Landwirtschaftsbetriebe erfolgreich entwickeln können.

Datum des Eingangs: 26.09.2011 / Ausgegeben: 27.09.2011

2. gegen die ins Gespräch gebrachte erneute faktische Flächenstilllegung, da diese ein Schritt in die falsche Richtung wäre und den Interessen des Landes zuwiderliefe.
3. gegen die Kappung der Direktzahlungen, da die Kappung zu einer Minderung von Zahlungen an die Unternehmen in den neuen Bundesländern führen könnte.
4. dafür, dass die Bedürfnisse der Landwirte eine zentrale Rolle für die Reform spielen. Dazu gehört vor allem der Grundsatz, „so wenig bürokratische Nachweispflichten wie nötig und mehr unternehmerische Freiheit“, um ein angemessenes Einkommen zu erzielen.
5. für eine GAP mit dem primären strategischen Ziel einer effizienten unternehmerischen Landwirtschaft, die langfristig von den Zahlungen aus Brüssel unabhängig wird.

Andreas Büttner
für die FDP-Fraktion

Ralf Holzschuher
für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE